

Wortlaut der Resolution

7. Sitzung der 11. Dekanatsynode des Dekanats Dillenburg am 9. März 2013 in Haiger

Resolution

Die Evangelischen Kirchengemeinden im Evangelischen Dekanat Dillenburg sehen ihr Engagement als Träger von Kindertages-einrichtungen als Teil ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und ihres eigenen Bildungsauftrages.

Der von den Fraktionen CDU und FDP der Hessischen Landesregierung eingebrachte Entwurf zur gesetzlichen Neuregelung der Kindertagesbetreuung, das Hessische Kinder-förderungsgesetz (KiFöG), bedeutet unseres Erachtens einen erheblichen Rückschritt für die bisher erreichte Qualität in hessischen Kindertageseinrichtungen.

Vor allem fehlt eine realistische anteilige Berechnung für Management- und Regieaufgaben, Urlaub, Fortbildung, Krankheit und die Berücksichtigung von mittelbarer pädagogischer Arbeit. Der Entwurf sieht zudem keine besonderen Rahmenbedingungen bei Aufnahme von Kindern mit Behinderung vor.

Der Gesetzentwurf erhöht das finanzielle Risiko für die Träger durch rein auslastungsorientierte Finanzierungspauschalen und die Aufgabe einer verlässlichen Gruppenfinanzierung mit weitreichenden Folgen auf die Beschäftigungsverhältnisse (Befristungen, Ausweitung der Leiharbeit und fehlende Beziehungsarbeit).

Die Synode des Evangelischen Dekanats Dillenburg fordert die hessische Landesregierung auf, der Bildungsarbeit in Kindertages-einrichtungen eine planbare stabile Rahmenstruktur zu geben, die eine verlässliche Finanzierung als Daseinsvorsorge für junge Familien und ihre Kinder ermöglicht.

Die Synode des Evangelischen Dekanats Dillenburg fordert die Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau auf, in Verhandlungen mit dem Land die Interessen der Ev. Tages-einrichtungen und Ihrer Träger zu vertreten. Die Erhaltung der erreichten Qualität und Verlässlichkeit evangelischer Bildungsarbeit ist zu gewährleisten. Das Dekanat Dillenburg schließt sich den vorliegenden Erklärungen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW) sowie der katholischen Bistümer an.

Haiger, 9. März 2013